

**AUF DEN PUNKT  
GEBRACHT.**

10. September 2021  
**9.2021**

# 16 Jahre Merkel: Mehr Armut, mehr Ungleichheit

Die Armutsquote in Deutschland ist so hoch wie noch nie seit Beginn der Regierungszeit von Angela Merkel im Jahr 2006: 15,9 Prozent der Bevölkerung leben in Armut. Über die Jahre ist die Armutsquote um 14 Prozent bzw. um zwei Prozentpunkte gestiegen (Mikrozensus). Über 13 Millionen Menschen in Deutschland sind von Armut betroffen. Die sozialen Verwerfungen der Corona-Krise sind dabei noch nicht einberechnet. Die Armutspolitik während dieser Krise war dieselbe, wie die der letzten 16 CDU-geführten Jahre: Es gab keine.

## Politik für die Reichen – Geld ist genug da, aber nicht der Wille

Stattdessen haben alle Bundesregierungen unter Kanzlerin Merkel die Reichsten der Gesellschaft entlastet. Sie hat Deregulierung und damit Armutslöhne und Unsicherheit vorangetrieben. Dabei wurde behauptet, der Wohlstand würde von oben bis in die untersten Schichten sickern. Dass diese »Trickle-down«-Theorie nie funktioniert, hat der 6. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wieder eindeutig gezeigt<sup>1</sup>. Der Wohlstand in der Gesellschaft nimmt zu, aber immer mehr Menschen werden abgehängt. Die durchschnittlichen Einkommen sind in den letzten Jahren zwar gestiegen – profitiert haben aber v.a. Menschen im oberen Teil der Einkommensverteilung und Teile der Mitte. Für die Menschen am unteren Ende wachsen die Einkommen nicht oder sinken sogar. Dadurch geht die Schere zwischen den oberen und mittleren Gehältern zu den unteren weiter auseinander.

## Arm in einem reichen Land

Auch die Bildungschancen und Chancen auf gesellschaftlichen Aufstieg sind sehr ungleich verteilt. Armut verfestigt sich zunehmend: Wer arm ist, bleibt es und vererbt es. Das bedeutet ein Leben mit großen Entbehrungen und geringen Möglichkeiten auf gesellschaftliche Teilhabe, ohne eine echte Perspektive, aus der Armut rauszukommen. Arme Menschen sind häufiger einsam, sind höheren Umweltbelastungen ausgesetzt, können sich gesunde Ernährung weniger leisten und sterben früher. In der Corona-Krise bekommen die Ärmsten, die am stärksten von der Krise betroffen

sind, vergleichsweise sehr geringe Unterstützung. Währenddessen werden Milliarden für die Rettung großer Unternehmen ausgegeben. Menschen im Hartz-IV-System können die Mehrkosten der Krise nicht stemmen. Schon die Regelleistungen schützen nicht vor Armut und sozialer Ausgrenzung.

## Arm trotz Arbeit

Durch die Ausweitung des Niedriglohnssektors und durch Hartz IV werden insbesondere Alleinerziehende, Menschen ohne Berufsabschluss oder mit Migrationsgeschichte in Armut gedrängt. Menschen in Ostdeutschland sind häufiger von Armut bedroht als in Westdeutschland. Das höchste Armutsrisiko tragen Erwerbslose. Doch auch wer erwerbstätig ist, ist nicht vor Armut sicher: Rund 10 Prozent der Menschen sind arm trotz Erwerbstätigkeit. Der viel zu niedrige Mindestlohn kann daran kaum etwas ändern. Die von SPD und Grünen eingeführten Hartz-Reformen haben die Armut befördert – besonders die Kürzungen bei Erwerbslosigkeit (Hartz IV) und im Alter (Absenkung des Rentenniveaus). Die CDU hat kein Interesse, diesen Trend wieder umzukehren. Übrig geblieben ist ein ausgehöhlter Sozialstaat, der immer weniger gegen Armut und soziale Ungleichheit unternimmt.

## Armut abschaffen! Wohlstand für alle.

70 Prozent der Menschen finden, dass Ungleichheit in den letzten Jahren zugenommen hat (Civey). 88 Prozent erwarten, dass die Schere zwischen arm und reich weiter auseinander gehen wird. Gefragt nach den drei sinnvollsten Maßnahmen gegen Ungleichheit, ist die Mehrheit für höheren Mindestlohn, Vermögensteuer, mehr Investitionen. Gefolgt von höherem Spitzensteuersatz (Civey). Genau richtig! Unsere Gesellschaft ist reich. Kein Mensch müsste in Armut und sozialer Ausgrenzung leben.

■ Wir schaffen eine Vermögensteuer für Vermögen oberhalb von 1 Million Euro.

■ Die Kosten der Coronakrise muss das reichste Prozent der Bevölkerung tragen (Vermögensabgabe).

■ Unsere Einkommensteuer entlastet kleine und mittlere Einkommen bis 6.300 Euro brutto.

■ Wir heben den gesetzlichen Mindestlohn auf 13 Euro pro Stunde und sorgen

dafür, dass wieder alle von Tarifverträgen geschützt sind.

SPD und Grüne wollen Hartz IV umbauen. Aber konkrete Aussagen fehlen: Wie hoch sollen die Leistungen sein? Was ist mit den Sanktionen?

■ DIE LINKE setzt ein Solidarisches Mindesteinkommen durch: Niemand darf im Monat weniger als 1.200 Euro haben. Ob in Rente, Kurzarbeit oder Erwerbslosigkeit.

■ Statt Hartz IV schaffen wir eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie individuelle Mindestsicherung in Höhe von 1.200 Euro.

■ Gegen die Kinderarmut schaffen wir eine eigenständige Kindergrundsicherung. Ihre Höhe fällt abgestuft aus und beträgt 630 Euro für die ärmsten Kinder.

<sup>1</sup> [www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/sechster-armuts-reichtumsbericht.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/SharedDocs/Downloads/Berichte/sechster-armuts-reichtumsbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=6)

Ich möchte weitere Informationen

Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.

Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter [www.die-linke.de/datenschutz](http://www.die-linke.de/datenschutz)

**DIE LINKE** Bundesgeschäftsstelle  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

**Mehr Informationen unter:**  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), [kontakt@die-linke.de](mailto:kontakt@die-linke.de)

**DIE LINKE.**